

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Einführung

Das europäische Sachenrecht und seine rechtsvergleichende Analyse nach der Komparativen Institutionenökonomik

1	Auf dem Weg zu einem europäischen Sachenrecht	1
2	Die Bedeutung der Komparativen Institutionenökonomik für die europäische Rechtsvereinheitlichung	9
3	Die rechtsvergleichende Methode der Komparativen Institutionenökonomik	10
3.1	Die kostensenkende Funktion von Institutionen	11
3.2	Zusammenfassung: Die Technik des Rechtsvergleichs nach der Komparativen Institutionenökonomik	13
4	Die Zulässigkeit der Komparativen Institutionenökonomik als Instrument der Rechtsvergleichung	16
4.1	Kritik gegen den Ansatz der „Ökonomischen Analyse des Rechts“	16
4.2	Übertragbarkeit der gegen die „Ökonomische Analyse des Rechts“ vorgebrachten Kritik auf die Vorgehensweise der Komparativen Institutionenökonomik	17
4.3	Zur Legitimität der Komparativen Institutionenökonomik als Instrument der Rechtsvergleichung	18
4.4	Die Vorteile des Einsatzes der Komparativen Institutionenökonomik in der Rechtsvergleichung	20
5	Gang der Untersuchung	22
6	Methodische Vorüberlegung: Der Begriff der Transaktionskosten	25
6.1	Such- und Informationskosten	26
6.2	Vertrags- und Verhandlungskosten	27
6.3	Erwerbskosten	27
6.4	Schutz- und Kontrollkosten	28

Teil II

Die Rechtsinstitute „Eigentum“ und „Besitz“

1	Die ökonomische Notwendigkeit der Herausbildung des Rechtsinstituts „Eigentum“ in den Rechtsordnungen Europas	29
2	Der Begriff des Eigentums aus ökonomischer Sicht	32
2.1	Die Übernahme des ökonomischen Eigentumsverständnisses durch die nationalen Rechtsordnungen	33
2.1.1	Ableitung der Rechtspositionen des Eigentums aus ökonomischen Erwägungen	35
2.1.1.1	Der Grundsatz des Gebrauchs und der Nutzung der Sache durch den Eigentümer	35
2.1.1.2	Der Grundsatz der Veräußerbarkeit des Eigentums als Bestandteil des Rechtsinstitutes Eigentum	35
2.1.1.3	Die Möglichkeit der Belastung von Eigentum	36
2.1.1.4	Der Grundsatz der Exklusivität des Eigentums	37
2.1.2	Das Eigentum als Bündel von Handlungsrechten	38
2.1.3	Die juristische Ausgestaltung der Handlungsrechte in den europäischen Sachenrechtsordnungen	39
2.2	Sonderformen des Eigentums: Miteigentum, Gesamthandseigentum	41
2.2.1	Mit- oder Bruchteilseigentum	41
2.2.2	Gesamthandseigentum	42

2.2.3	Eigentum als Gesellschaftsvermögen.....	42
2.2.4	Ökonomische Legitimation der gesellschaftsrechtlichen Bindung von Privateigentum	42
2.3	Der Ausschluss der Eigentumsbegründung	43
3	Das Institut „Besitz“ und seine ökonomische Bedeutung	45
3.1	Der Besitz als eigenständiger Wirtschaftsgegenstand	45
3.1.1	Die Problematik der Verselbständigung des „Besitzes“ vom Rechtsinstitut „Eigentum“	46
3.1.2	Der „Besitz“ als Publikationsmittel.....	46
3.1.3	Der Besitz als Zuordnungskriterium des Vermögens in der Einzel- und Gesamtvollstreckung	47

Teil III

Der rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb

1	Die grundsätzliche Bedeutung rechtsgeschäftlicher Eigentumsübertragungsmöglichkeiten in Europa	49
2	Tatbestände der Hinderung der Eigentumsübertragung.....	53
2.1	Gesetzliche Veräußerungs- oder Erwerbsverbote aus Sicht der Komparativen Institutionenökonomik	53
2.1.1	Veräußerungs- oder Erwerbsverbote zum Schutz der Gesundheit.....	55
2.1.2	Veräußerungsverbot zum Schutz des Vermögens schutzwürdiger Personen	55
2.1.3	Veräußerungsverbote zur Unterstützung öffentlicher Förderung und Zuwendungen	56
2.1.4	Veräußerungs- oder Erwerbsverbote von öffentlichem Eigentum und Kulturobjekten.....	56
2.2	Faktische Hinderung der Eigentumsübertragungsmöglichkeit durch Formvorschriften und besonderen Eigentumsübertragungsmodalitäten.....	57
2.3	Die nationalen Formerfordernisse europäischer Sachenrechtsordnungen im Überblick	59
2.3.1	Formerfordernisse des Immobilien-Geschäfts	59
2.3.2	Formerfordernisse des Rechtsgeschäfte mit beweglichen Sachen.....	60
2.3.3	Formvorschrift als „Erfüllungs-Vorwegnahme“	63
2.3.4	Registereintrag von beweglichen Sachen	63
2.3.5	„Fakultative“ Formvorschriften	63
2.4	Die ökonomische Bedeutung von Formvorschriften	64
2.5	Die Notwendigkeit von Formvorschriften nach der Rechtsprechung und -lehre	66
2.6	Die unterschiedlichen Funktionen von Formvorschriften aus ökonomischer Sicht.....	67
2.6.1	Formvorschriften des Schenkungsversprechens	69
2.6.2	Formerfordernisse bei Kaufgeschäften an Fahrnis.....	70
2.6.3	Das Institut der Heilung von Formvorschriften	72
2.6.4	Form als Publikationsmittel / Eintragungen in öffentliche Register	73
2.7	Transaktionskosten durch die Gestaltung des Eigentumsübertragungsaktes	75
3	Ausblick	78
4	Die rechtsgeschäftliche Übertragung von Eigentum an beweglichen Sachen in den europäischen Rechtsordnungen.....	79
4.1	Die Einteilung von Eigentumsübertragungssystemen	79
4.2	Modell I: Abstraktionsprinzip mit Übergabeerfordernis (Deutschland, Griechenland).....	82
4.2.1	Der Inhalt des dinglichen Vertrages.....	83

4.2.1.1	Die Problematik der Mehrfachveräußerung im Abstraktionsprinzip	83
4.2.1.2	Die Problematik des fehlenden oder rechtsunwirksamen Grundgeschäfts im Abstraktionsprinzip	84
4.2.2	Das Erfordernis der Übergabe	84
4.2.2.1	Publizität durch Besitzübertragung	84
4.2.2.2	Die vorgezogene Übergabe (traditio brevi manu)	85
4.2.2.3	Beteiligung Dritter an der Übergabe	85
4.2.2.3.1	Der Geheißerwerb	86
4.2.2.3.2	Sonderproblem: Der Geheißerwerb beim Streckengeschäft	86
4.2.2.3.3	Der Besitzerwerb durch Besitzmittler und Besitzdiener	86
4.2.2.3.4	Die Besitzzanweisung	86
4.2.2.4	Sonstige Übergabesurrogate	87
4.2.2.4.1	Abtretung des Herausgabeanspruchs gegen den Dritten	87
4.2.2.4.2	Das Besitzkonstitut	88
4.3	Modell II: Kausalprinzip mit Übergabeerfordernis (Österreich, Ungarn, Slowakei, Polen, Kroatien, Lettland, Schweiz, Estland)	88
4.3.1	Das Kausalprinzip	89
4.3.2	Die dingliche Einigung	90
4.3.3	Die Übergabe	91
4.3.3.1	Die „direkte“ Übergabe des Besitzes	92
4.3.3.2	Die „traditio brevi manu“	92
4.3.3.3	Die Verschaffung von „Besitzergreifungswerkzeugen“	92
4.3.3.4	Eigentumsübertragung durch Zeichen im österreichischen Recht	93
4.3.3.5	Der Einsatz von Hilfspersonen bei der Übergabe	93
4.3.3.5.1	Der Geheißerwerb	94
4.3.3.5.2	Die Besitzzanweisung	94
4.3.3.5.3	Die Möglichkeit der Übergabe durch die Aushändigung der Sache an Transportpersonen	95
4.3.3.6	Das Besitzkonstitut	95
4.3.3.6.1	Einschränkungen der Eigentumsübertragung mittels Besitzkonstituts	95
4.3.3.6.2	Unzulässigkeit des Eigentumserwerbs mittels Besitzkonstitut zum Zweck der Sicherungsübereignung	97
4.3.3.7	Die Abtretung des Herausgabeanspruchs	99
4.3.3.8	Die Besitzzanweisung als Ersatz der fehlenden Übereignungsmöglichkeit durch „Abtretung eines Herausgabeanspruchs“	99
4.3.3.9	Übergabeersatz durch Traditionspapiere	100
4.3.3.10	Besonderheiten der ungarischen Rechtslage	101
4.3.3.11	Vergleich der Übergabemodalitäten der Rechtsordnungen des Modells II mit denen des Modells I	102
4.4	Modell III: Kausale Eigentumsübertragung mit Übergabeerfordernis ohne dingliche Einigung (Niederlande, Spanien)	103
4.4.1	Das Merkmal der „dinglichen“ Einigung	103
4.4.2	Das Erfordernis des Besitzwechsels	104
4.4.3	Die Übergabe	104
4.4.3.1	Die Übergabesurrogate	105
4.4.3.2	Die unterschiedliche Sichtweise der „Übergabe“ im neuen niederländischen Recht	106
4.4.3.2.1	Übergabe durch Besitzmittlungsverhältnis	106
4.4.3.2.2	Die Unzulässigkeit der Sicherungsübereignung	106
4.4.3.2.3	Fehlen der Eigentumsübertragungsmöglichkeit durch Abtretung des Herausgabeanspruchs	108

4.4.3.3	Das Problem der Mehrfachveräußerung in den Rechtsordnungen des Modells I bis III	108
4.5	Modell IV: Reines Konsensprinzip (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien, Portugal, Bulgarien)	109
4.5.1	Die automatische Rückübertragung bei fehlerhaftem (Grund-) Geschäft	111
4.5.2	Inhaltliche Durchbrechung des „reinen“ Vertrags- oder Konsensprinzips	111
4.5.3	Das „dingliche“ Element der Eigentumsverschaffung	113
4.5.3.1	Die Existenz eines „dinglichen“ Elementes der Eigentumsübertragung bei der Wahlschuld	114
4.5.3.2	Die Existenz eines „dingliches“ Elementes der Eigentumsübergang an noch herzustellenden Sachen	115
4.5.4	Die Übergabe	116
4.5.4.1	Die zeitliche Disposition des Eigentumserwerbs	116
4.5.4.2	Ökonomische Nachteile des Mehrfachverkaufes im Konsensprinzip	117
4.5.4.3	Lösungsansätze	118
4.6	Die hybride Eigentumsübertragungsordnung Polens	119
4.7	Modell V: (differenzierendes Konsensprinzip) (England, Schottland, Nordirland, Tschechien, Litauen)	120
4.7.1	Der Anwendungsbereich des Sale of Goods Act	121
4.7.2	Eigentumsübertragung bei Kaufgeschäften (Sale of Goods Act)	122
4.7.3	Der Parteiwille zur Bestimmung des Eigentumsüberganges	122
4.7.3.1	Die Ermittlung des Parteiwillens	123
4.7.3.2	Die Problematik der Mehrfachveräußerung bei Kaufgeschäften	126
4.7.4	Eigentumsübertragung außerhalb des Sale of Goods Act	127
4.7.5	Eigentumsübertragung und Übergabe	127
4.7.6	Eigentumsübertragung mittels Urkunden („deed“)	128
4.7.7	Parallelen zu den Übergabesurrogaten der Rechtsordnungen der Modelle I bis IV	129
4.7.7.1	Gerichtliche Eintragungen als Publizitätsmittel der Eigentumsübertragung	130
4.7.7.2	Die Rechtsfolgen des Bill of Sale Act (1878)	131
4.7.7.3	Die Rechtsfolgen des Bill of Sale Act (1882)	131
4.8	Modell VI: skandinavisches Konsensprinzip der sukzessiven Einzelwirkungen (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Island)	132
4.8.1	Kaufvertrag und Eigentumsübergang / Das Konsensprinzip in Skandinavien	135
4.8.2	Die Mehrfachveräußerung im skandinavischen Recht	135
4.8.2.1	Schutz des Käufers in der Vollstreckung der Gläubiger des Veräußerers	136
4.8.2.2	Der Eigentumsübergang an Gattungssachen und noch herzustellenden Sachen mit Hilfe deren Konkretisierung	137
4.8.2.2.1	Konkretisierung durch Übergabe	138
4.8.2.2.2	Konkretisierung vor Übergabe	139
4.8.2.2.3	Die Konkretisierung von noch herzustellenden Sachen	139
4.8.3	Schutz des Veräußerers in der Vollstreckung der Gläubiger des Erwerbers	140
4.8.3.1	Schutzrechte des Veräußerers (Verkäufers) <u>vor</u> der Übergabe	140
4.8.3.2	Schutzrechte des Veräußerers (Verkäufers) <u>nach</u> der Übergabe	141
4.9	Die Registereintragung als Übergabersatz in den Sachenrechtssystemen Europas	151

5	Eigentumserwerb an Immobilien	155
5.1	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells I	155
5.2	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells II	155
5.3	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells III	156
5.4	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells IV	157
5.5	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells V	158
5.6	Gründerwerb in den Rechtsordnungen der Länder des Modells VI	158
6	Die ökonomisch/rechtsvergleichende Analyse der rechtsgeschäftlichen Eigentumsübertragung in den europäischen Rechtsordnungen	160
6.1	Ökonomisch/rechtsvergleichende Analyse der Eigentumsübertragungsprinzipien (Abstraktionsprinzip/Kausalprinzip/Konsensprinzip)	162
6.1.1	Die ökonomischen Vorzüge des Abstraktionsprinzips gegenüber dem Kausalprinzip und/oder dem Konsensprinzip	163
6.1.1.1	Die Fehleridentität	174
6.1.1.2	Der Bedingungszusammenhang	175
6.1.1.3	Die Durchbrechung des Abstraktionsprinzips nach § 139 BGB (Deutschland)	176
6.1.2	Ergebnis: Der ökonomische Vorzug des Abstraktionsprinzips	177
6.2	Analyse des Merkmals der „dinglichen Einigung“ nach der Komparativen Institutionenökonomik	177
6.3	Ökonomisch/rechtsvergleichende Analyse des Merkmals der „Übergabe“ beim rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerb	180
6.3.1	Die juristische Bedeutung der „Übergabe“ im Recht des Eigentumserwerbs	180
6.3.2	Die ökonomische Bedeutung der „Übergabe“ im Recht des Eigentumserwerbs	181
6.3.2.1	Die tatsächliche Übergabe	182
6.3.2.2	Die ökonomische Bedeutung von Übergabesurrogaten	183
6.3.3	Die Bedeutung der Übergabe im Traditionsprinzip der Modelle I bis III	184
6.3.3.1	Die Eigentumsübertragung traditio brevi manu	187
6.3.3.2	Die Übergabe mittels Besitzwerkzeugen	188
6.3.3.3	Der Übergabeersatz durch Anbringen von Zeichen	189
6.3.3.4	Der Einsatz von Dritten in den Erwerbsvorgang	191
6.3.3.5	Das Besitzkonstitut	194
6.3.3.6	Sonderfall: Die Sicherungsübereignung in den Sachenrechtsordnungen I bis III	197
6.3.3.7	Sonderproblem: Der Eigentumsvorbehalt	199
6.3.3.8	Abtretung des Herausgabeanspruchs	202
6.3.3.9	Registereintragen bei Fahrnis und Grundstückserwerb	202
6.3.4	Die grundsätzliche Bedeutungslosigkeit der Übergabe im Rahmen der Eigentumsübertragung an Fahrnis nach den Rechtsordnungen der Modelle IV bis VI	203
6.3.4.1	Die rechtlichen Formen der Übergabe in den Rechtsordnungen des Konsensprinzips	210
6.3.4.2	Registereintragen im Zusammenhang mit dem Eigentumserwerb in den Rechtsordnungen der Modelle IV bis VI	214
7	Ergebnis: Bewertung der Eigentumsübertragungssysteme in den Rechtsordnungen der Modelle I bis VI	216

Teil IV

Der gutgläubige, rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb vom Nichtberechtigten

1	Die rechtliche Möglichkeit des Eigentumserwerbs vom Nichtberechtigten	223
1.1	Generelle Betrachtungen des Eigentumserwerbs vom Nichtberechtigten gegenüber dem Eigentumserwerb vom Berechtigten	224
1.2	Ökonomische Legitimation des rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Erwerbs aus Sicht der Komparativen Institutionenökonomik	226
1.2.1	Argumente gegen die Nichtzulassung des Erwerbs vom Nichtberechtigten	228
1.2.2	Argumente gegen die Zulassung des gutgläubigen Erwerbs.....	230
1.3	Schlussfolgerungen für die inhaltliche Gestaltung des rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Erwerbs	233
1.4	Die Notwendigkeit der Etablierung des Gutglaubensschutzes durch Rechtsnormen	237
1.4.1	Die ausschließliche Regelung des Gutglaubensschutzes durch den Markt-Mechanismus.....	237
1.4.2	Weitere Sanktionen durch nichtmarktliche Repressalien.....	244
1.4.2.1	Berufsethik.....	244
1.4.2.2	Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen.....	245
1.4.3	Rechts- und wirtschaftshistorische Belege der ökonomischen Notwendigkeit des Entstehens eines gesetzlich normierten gutgläubigen Erwerbs.....	245
1.4.4	Der unzureichende Ersatz des fehlenden Markt-Mechanismus und fehlender gesellschaftlicher Sanktionen durch Strafnormen.....	248
2	Rechtsvergleichende Übersicht über den rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Eigentumserwerb an Fahrnis.....	250
2.1	Der gutgläubigen Eigentumserwerb an beweglichen Sachen in den Rechtsordnungen des Modells I.....	250
2.1.1	Deutschland.....	250
2.1.2	Griechenland.....	252
2.1.3	Estland und Litauen.....	253
2.2	Der gutgläubige Fahrniserwerb in den Rechtsordnungen des Kausalprinzips (Modell II).....	254
2.2.1	Österreich.....	254
2.2.2	Schweiz.....	256
2.2.3	Ungarn.....	258
2.2.4	Polen.....	259
2.2.5	Lettland.....	260
2.2.6	Tschechien.....	260
2.3	Der gutgläubigen Erwerb in den Rechtsordnungen des Modells III.....	261
2.4	Der gutgläubige Erwerb in den Rechtsordnungen des Konsensprinzips (Modell IV).....	264
2.4.1	Die dingliche wie schuldrechtliche Wirkung des guten Glaubens in den Rechtsordnungen des Konsensprinzips	264
2.4.2	Die Problematik der Mehrfachveräußerung.....	264
2.4.3	Der „Besitz des Erwerbers“ als Anknüpfungspunkt des guten Glaubens in den Rechtsordnungen des Modells IV	266
2.4.4	Frankreich, Belgien und Luxemburg.....	267
2.4.5	Spanien.....	269
2.4.6	Portugal.....	271
2.4.7	Italien.....	272
2.5	Der gutgläubige Erwerb in den Rechtsordnungen des Modells V	273

2.4.8	„Seller in possession“	275
2.4.9	„Buyer in possession“	276
2.4.10	Gutgläubensschutz beim Erwerb von Fahrzeugen durch den Hire Purchase Act von 1964 und Consumer Credit Act 1974	277
2.4.11	Sale in Market Overt	278
2.4.12	Der gutgläubige Eigentumserwerb bei anfechtbaren Rechtsgeschäften (Voidable-Titel-Regel)	278
2.4.13	Der gutgläubige Eigentumserwerb im Handelsverkehr (mercantile agent)	279
2.4.14	Estoppel	281
2.5	Der gutgläubige rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb im skandinavischen Recht (Modell VI)	282
2.5.1	Dänemark	283
2.5.2	Schweden	284
2.5.3	Norwegen	284
2.5.4	Finnland	285
3	Der gutgläubige rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb an Register-Sachen und Immobilien	289
4	Die rechtsvergleichende Bewertung der Regelungen des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs nach der Komparativen Institutionenökonomik	292
4.1	Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des gutgläubigen Erwerbs	292
4.2	Die inhaltliche Gestaltung des gutgläubigen Erwerbs als Abwägungsergebnis diverser gegenläufiger Kostenpositionen	292
4.3	Die ökonomische/rechtsvergleichende Bewertung der Begrenzung des gutgläubigen Erwerbs anhand der inhaltlichen Bestimmung des Begriffes der „Gutgläubigkeit“	295
4.3.1	Definition des Merkmals „guter Glaube“	296
4.3.1.1	Ökonomische Gründe des Ausschlusses des gutgläubigen Erwerbs bei Kenntnis der Nichtberechtigung	297
4.3.1.2	Die Begrenzung des gutgläubigen Erwerbs anhand des Fahrlässigkeitsmaßstabes	298
4.3.2	Rechtsdogmatische Unterschiede in der Berücksichtigung des guten Glaubens bei einem Erwerb vom Nichtberechtigten	298
4.3.2.1	Der unterschiedliche Fahrlässigkeitsmaßstab im Begriff der Gutgläubigkeit in den nationalen Rechtsordnungen Europas	302
4.3.2.2	Die ökonomische Bewertung des Fahrlässigkeitsmaßstabes	303
4.3.2.3	Der Fahrlässigkeitsmaßstab in der Rechtsprechung Europas	305
4.3.2.4	Festlegung von Sorgfaltspflichten anhand verdächtiger Umstände	306
4.3.2.5	Besondere Fallgruppen verdächtiger Eigentumsübertragungsgeschäfte	309
4.3.3	Zwischenergebnis: Das Merkmal der „Gutgläubigkeit“	312
4.4	Der Schutz des guten Glaubens an die Eigentümerstellung und/oder an die Verfügungsbefugnis des Veräußerers	315
4.4.1	Die Bewertung des guten Glaubens an die Verfügungsbefugnis aus der Sicht der Komparativen Institutionenökonomik	319
4.4.1.1	Die Korrektur des ökonomisch ungeeigneten Schutzes des guten Glaubens an die Verfügungsbefugnis durch die Erweiterung des Fahrlässigkeitsmaßstabes	320
4.4.1.2	Ökonomische Bewertung des Lösungsansatzes Österreichs, Polens, der Niederlande, Schwedens, Norwegens und der Schweiz	323

4.4.2	Ökonomische Besonderheiten beim Schutz des Erwerbervertrauens in die Verfügungsbefugnis des Veräußerers im Handelsverkehr	323
4.5	Der Vertrauenstatbestand des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs	325
4.5.1	Restüree: Ökonomische Anforderungen an die Wahl des Vertrauenstatbestandes des gutgläubigen Erwerbs	329
4.5.2	Der Besitz als Vertrauenstatbestand des gutgläubigen Erwerbs in den Rechtsordnungen Europas	329
4.5.2.1	Ergebnis: Die grundsätzliche Eignung des Besitzes als Vertrauenstatbestand des gutgläubigen Erwerbs	330
4.5.2.2	Die unterschiedliche rechtsdogmatische Gestaltung des Vertrauenstatbestandes des Besitzes in den europäischen Rechtsordnungen	331
4.5.2.2.1	Der Vertrauenstatbestand der Übertragung des Besitzers vom Veräußerer auf den Erwerber	331
4.5.2.2.2	Die Bedeutung des Erwerberbesitzes in den Rechtsordnungen des Modells IV	333
4.5.2.2.3	Das Institut „Besitz“ im Rahmen der Mehrfachveräußerung	336
4.5.2.3	Die Auswirkung der unterschiedlichen dogmatischen Bedeutung des „Besitzes“ auf die Eigentumsübertragungsarten des gutgläubigen Erwerbs	337
4.5.2.3.1	Zulässige Übergabearten der Modell I bis III	338
4.5.2.3.2	Die rechtliche Behandlung transaktionskostenintensiver Übergabesurrogate in den Modellen I bis III	339
4.5.2.3.3	Die Bedeutung des Besitzes in den Rechtsordnungen des Modells IV	343
4.5.2.3.4	Die Bedeutung der Besitzkonstitute in den Rechtsordnungen des Modells V	345
4.5.2.3.5	Die Übergabetatbestände in den Rechtsordnungen des Modells VI	347
4.5.2.4	Rechtsvergleichende Analyse der Verwendung von Übergabesurrogaten im Recht des gutgläubigen Erwerbs nach der Komparativen Institutionenökonomik	348
4.5.3	Weitere Vertrauenstatbestände des gutgläubigen Erwerbs und ihre ökonomisch/rechtsvergleichende Analyse	353
4.5.3.1	Die Registereintragung von Fahnris als Gutglaubenstatbestand	356
4.5.3.2	Registereintrag von Sicherungseigentum an Fahnris	358
4.5.3.3	Registrierung als Vertrauenstatbestand im Rahmen der Veräußerung von Eigentumsvorbehaltsware	360
4.5.3.4	Die Vorlage von Kraftfahrzeugpapieren als Vertrauenstatbestand	362
4.5.3.5	Die öffentliche Versteigerungen als Vertrauenstatbestand des gutgläubigen Erwerbs	363
4.6	Restüree	364
4.7	Der Ausschluss des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs	365
4.7.1	Der Ausschluss abhanden gekommener Sachen vom gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerb aus Sicht der Komparativen Institutionenökonomik	365
4.7.2	Die rechtstechnische Behandlung abhanden gekommener Sachen in den europäischen Rechtsordnungen	370

4.7.2.1	Der generelle Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs an abhanden gekommenen Sachen.....	370
4.7.2.2	Die „Ersitzungs-Lösung“.....	374
4.7.2.3	Die „Herausgabe-Verwirkungs-Lösung“.....	374
4.7.2.4	Die Entschädigungslösungen.....	378
4.7.3	Fazit.....	381
4.7.4	Die ökonomische Bedeutung der Definition des „Abhandenkommens“ aus Sicht der Komparativen Institutionenökonomik	382
4.7.5	Der Begriff „abhanden gekommene Sache“ in den Rechtsordnungen Europas.....	382
4.8	Die Privilegierungen des gutgläubigen Erwerbs von Geld und bestimmten Wertpapieren in den Rechtsordnungen Europas	390
4.8.1	Die Privilegierung des gutgläubigen Erwerbs von Geld in den Sachenrechtssystemen Europas	390
4.8.2	Privilegierung des gutgläubigen Erwerbs von Wertpapieren	393
4.8.2.1	Orderpapiere	393
4.8.2.2	Inhaberpapiere	394
4.9	Privilegierungen des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs anlässlich spezieller Erwerbsarten	398
4.9.1	Der gutgläubige Erwerb im Handelsverkehr.....	398
4.9.2	Der gutgläubige Erwerb in der öffentlichen Versteigerung.....	407
4.10	Die Sonderbehandlung des „unentgeltlichen“ gutgläubigen Erwerbs	409
5	Die wesentlichen Ergebnisse der rechtsvergleichenden Analyse des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs.....	414

Teil V

Der originäre Eigentumserwerb

1	Die Funktion des originären Eigentumserwerbs in den Sachenrechtssystemen Europas.....	423
1.1	Die Ersitzung im europäischen Sachenrecht.....	424
1.1.1	Ökonomische Bedeutung der Ersitzung für den Eigentumserwerb	427
1.1.2	Ökonomische Nachteile der Ersitzung	429
1.1.3	Ergebnis der Abwägung ökonomischer Interessen	430
1.1.4	Die Ersitzungszeit	433
1.1.5	Ausschluss der Ersitzung bei Bösgläubigkeit	436
1.1.6	Das Erfordernis eines „Ersitzungs-Titels“	438
1.1.6.1	Ökonomische Begründung der Erforderlichkeit eines Ersitzungs-Titels.....	440
1.1.6.2	Sachenrechtsordnungen ohne Ersitzungs-Titel.....	441
1.1.7	Der Besitz als Publizitätsmittel der Fahrnis-Ersitzung.....	441
1.1.8	Registrierung als Publizitätsmittel der Fahrnis-Ersitzung.....	443
1.1.9	Ersitzung versus rechtsgeschäftlicher gutgläubiger Erwerb.....	444
1.1.9.1	Ökonomische Vorteile der Ersitzung gegenüber dem Institut des rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Erwerbs	445
1.1.9.2	Ökonomische Nachteile der Ersitzung gegenüber dem Institut des rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Erwerbs.....	445
1.2	Ergebnis: Die ökonomische Analyse der Ersitzung als Eigentumserwerbstatbestand.....	448
1.3	Der Eigentumserwerb im Rahmen der Verbindung, Vermischung und Verarbeitung	449
1.3.1	Der Eigentumserwerb durch Verarbeitung.....	449
1.3.1.1	Rechtsvergleichende Bewertung der Lösungen nach der Komparativen Institutionenökonomik	452

1.3.1.2	Die verminderte rechtliche und ökonomische Bedeutung von „Titel“ und „gutem Glauben“ im Recht des Eigentumserwerbs durch Verarbeitung	455
1.3.2	Der Eigentumserwerb durch Verbindung und Vermischung	462
1.3.2.1	Die Zuweisung von Voll- und Miteigentum	466
1.3.2.2	Einzelfragen des Rechts der Verarbeitung und der Verbindung/Vermischung	468
1.3.2.2.1	Die Definition des Merkmales der „Trennbarkeit“	468
1.3.2.2.2	Ökonomische Erforderlichkeit und Bedeutung zusätzlicher Tatbestandsmerkmale der Verbindung und Vermischung	470
2	Die wesentlichen Ergebnisse der Analyse des originären Eigentumserwerbs	473

Teil VI

Zusammenfassung, Ergebnisse und Ausblicke

1	Das Eigentumsübertragungsprinzip	476
2	Das „dingliche Element“ der Eigentumsübertragung	477
3	Der Inhalt der „dinglichen“ Einigung	478
4	Formvorschriften	478
5	Veräußerungs- und Erwerbsverbote	479
6	Die Übergabe als zusätzlicher Eigentumserwerbsakt	480
7	Die Registereintragung	482
8	Kreditsicherungsrechte	483
9	Zivilrechtliche Regelungen zum rechtsgeschäftlichen gutgläubigen Erwerb	485
9.1	Besitz als Anknüpfungspunkt des gutgläubigen Erwerbs	488
9.2	Registereintragungen als Anknüpfungspunkt des gutgläubigen Erwerbs	488
9.3	Der Schutz des guten Glaubens an die Eigentümerstellung und/oder an die Verfügungsbefugnis des Veräußerers	490
9.4	Der Begriff der „Gutgläubigkeit“	490
9.5	Der Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs an abhanden gekommenen beweglichen Sachen	493
9.6	Der Ausschluss gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs bei „unentgeltlichen“ Erwerbsgeschäften	495
10	Privilegierungen des gutgläubigen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs	497
10.1	Die Privilegierung den Erwerbervertaus im Handelsverkehr	497
10.2	Die Privilegierung von Zahlungsmitteln im europäischen Recht des gutgläubigen Erwerbs	499
10.3	Die Privilegierung von Orderpapieren im europäischen Recht des gutgläubigen Erwerbs	500
10.4	Die Privilegierung von Inhaberpapieren im europäischen Recht des gutgläubigen Erwerbs	500
11	Der originäre Eigentumserwerb	501
11.1	Ersitzung	503
11.2	Verbindung und Vermischung	504
11.3	Verarbeitung	505